

GROSSER RAT AARGAU

Postulat Roland Agustoni, Magden, vom 30. August 2005 betreffend Massnahmenüberprüfung an den Zollstellen Rheinfelden/Warmbach und Stein – Säkingen bezüglich LKW – Verkehr.

Text:

Der Regierungsrat wird eingeladen mittels einer Gesamtschau, zusammen mit den zuständigen Zollbehörden (EZV) die zu erwartende LKW- Problematik an den Zollstellen Rheinfelden/ Warmbach und Stein – Bad Säkingen zu prüfen, die Schwierigkeiten aufzuzeigen und konkrete Massnahmen zu treffen.

Begründung:

Wie der Regierungsrat schon in der Beantwortung zu meiner Interpellation vom 22. Februar (Geschäft Nr.:05.48) betreffend Abfertigungskapazitäten an den Zollstellen Stein und Rheinfelden aufgezeigt hat, zeichnen sich Engpässe vorab im personellen Bereich an der Zollstelle Rheinfelden/ Warmbach ab. Es bestehen grosse Befürchtungen, dass dieser zu kleine Personalkörper dem zu erwartenden LKW - Andrang nicht beikommen wird. Dass dabei zusätzlich geplant ist, auf Grund der diversen Entlastungsmassnahmen und Aufgabenverzicht, diesen Bestand kontinuierlich noch um weitere 10 bis 15% zu reduzieren, bei einer geschätzten Verkehrszuwachsrate von 10%, ist unverständlich. Zusätzlicher Druck auf diese Zollstelle wird entstehen, wenn nach deren Eröffnung, beim Grenzübergang Stein- Bad Säkingen nur noch regionaler LKW – Verkehr im 10 km. Radius abgefertigt wird. Durch diese Reduktion wird der Grenzübergang in Rheinfelden mit zwischen 20 bis 30% zusätzlichem LKW – Verkehr belastet. Alle bisher in Auftrag gegebenen Verkehrstudien und Verkehrsgutachten zeigen eine erhöhte künftige Mehrbelastung an LKW – Verkehr beim neuen Grenzübergang Rheinfelden / Warmbach auf. Ich bitte deshalb den Regierungsrat mit den zuständigen Zollbehörden diese sich abzeichnende Verkehrsproblematik auch auf Grund der oben erwähnten Verkehrsprognosezahlen einer gesamtheitlichen Überprüfung zu unterziehen. Auch soll nochmals geprüft werden ob es wirklich sinnvoll ist, die Grenzzollanlage in Stein- Säkingen so massiv zu beschneiden oder ob es nicht doch möglich wäre, diese in ihrer jetzigen Form aufrecht zu erhalten und so den Grenzübergang in Rheinfelden zu entlasten. Der Regierungsrat wird auch gebeten, die zu erwartenden Schwierigkeiten bezüglich des Schwerverkehrs beim neuen Grenzübergang Rheinfelden / Warmbach aufzuzeigen und evtl. auch in Absprache mit der eidgenössischen Zollverwaltung, Lösungen aufzuzeigen.

